

# Korrespondent.

**Bezugpreis** vierteljährlich 1 Mk., monatlich 35 Pf., d. h. 1/20 Mk., bei Bestellung durch den Postboten 1/20 Mk., durch mehrer Ausleger in der Stadt u. auf 1/20 Mk., monatlich 40 Pf., 50 Pf., 1/20 Mk., nach Abnahme der Zeit nach Seite 11. Bestellungen in den Kreisabteilungen der Stadt am Abend vorher. — Wiederdruck unserer Originalarbeiten nur mit besonderer Genehmigung gestattet. — Für Abdruck unentgeltlicher Mitteilungen keine Verantwortlichkeit.

**Wöchentliche Gratisbeilagen:**  
3 seitige illustrierte Sonntagsblätter mit 14 tägiger Modebeilage.  
4 seit. landwirtsch. u. handelsbell. mit neuesten Marktnotierungen.

**Anzeigenpreis** für die erste Beilage oder deren Raum 1. Stadt u. Kreis Merseburg 10 Pf., anderwärts 15 Pf., kleinste Anzeigen 20 Pf., Befehlsanträge 30 Pf., bei komplizierterem Satz entsprechender Aufschlag. Gebühr für Entsendung nach Bedarf. Für Rückstellungen und Einnahmestellen besondere Berechnung, nach Vereinbarung mit Verleger. — Bestellungen in der Stadt am Abend vorher. — Wiederdruck unserer Originalarbeiten nur mit besonderer Genehmigung gestattet. — Für Abdruck unentgeltlicher Mitteilungen keine Verantwortlichkeit.

Nr. 283.

Dienstag den 3. Dezember 1907.

34. Jahrg.

## Ueber die Polenvorlage.

Noch weit mehr, als die Frage der Deckung des Defizits im Reichshaushaltetat, hat die dem preussischen Abgeordnetenhaus unterbreitete Polenvorlage die Parteien in Aufregung versetzt und Gegenstände zur Debatte, die bereits nahezu als beseitigt gelten. Bei der Polenvorlage kommen neuerlich nicht nur Zweckmäßigkeitsfragen, sondern auch Prinzipien, wie „die Heiligkeit des Privateigentums und die Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz“ in Frage und es wird durch dieselbe Bedenken geschaffen, die bisher, außer bei den Sozialisten, für unantastbar galten und deren Modifizierung Präjudizien schaffen wird, auf die sich eines Tages noch viel weiter gehende Forderungen berufen können. Das Wesen der Polenvorlage liegt viel weniger in den großen Summen, welche sie verlangt, als in ihrer Regierung gewisser verfassungsmäßiger Rechte, und sie wird wohl lediglich dieser letzteren Eigentümlichkeit wegen auf vielen Widerstand stoßen.

Die Geldmittel, welche sie fordert, belaufen sich insgesamt auf 400 Millionen Mark. Davon sollen 300 Millionen zur Auffüllung des bisher mit 350 Millionen ausgeschöpften Anleihefonds, 50 Mill. zum Ankauf großer Güter und deren Umwandlung in Rentengüter und 50 Millionen zur Anlage von Domänen und Forsten verwendet werden. Die Vorlage ermächtigt zugleich den Finanzminister, zum Zwecke der Berechtigung der erforderlichen Summe Staatsschuldverschreibungen, oder vorübergehend auch Schatzanweisungen auszugeben. Zu der jetzigen und überdies noch in Zunahme begriffenen Geldknappheit paßt diese Anleihe, im Verein mit denen, welche das Reich und Preußen zur Beilegung des Staats nötig haben, wie die Faust auf Auge. Jedoch ist dieses Bedenken kein allzu schwerwiegendes. Die für den Anleihefonds bestimmten Millionen sind übrigens nach geschätzter Verwendung zum Ankauf von Grundbesitz fundiert und wohl auch seitlich rentabel angelegt. Auch werden sie nur allmählich, innerhalb eines längeren Zeitraumes, benötigt. Immerhin werden sie die Belastung des Geldmarktes erheblich steigern.

Damit die vielen Millionen auch sicher und möglichst bald die ihnen zugedachte Verwendung finden können, erteilt die Vorlage der Anleihekommission das Enteignungsrecht, also eine Befugnis von hoher prinzipieller und geradezu recht unumgänglicher Bedeutung. Sie soll dadurch in den Stand gesetzt werden, geschlossene Anleihekomplexe herzustellen. Bisher ließ sich dies nicht ermöglichen, weil die Kommission nur solche Güter kaufen konnte, deren Besitzer bereit waren, sie zu verkaufen. Nun aber soll jeder zum Verkauf gezwungen werden können, wenn die Anleihekommission die Absicht hegt, seinen Besitz zu erwerben. Bisher bestand auch die Möglichkeit, daß durch den Wettbewerb der Anleihekommission und deutscher Landankaufsbanken mit den entsprechenden polnischen Unternehmungen, die Preise für Grund und Boden eine enorme Höhe erreichten und die Anleihekommission, nur um ihrer Aufgabe einigermaßen gerecht zu werden, übermäßige Preise zahlen mußte, um die ebenfalls viel bietende Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen.

Es darf hier nicht unerwähnt bleiben, daß diese günstige Konjunktur nicht nur von polnischen, sondern auch von deutschen Grundstückbesitzern weidlich benutzt wurde, um einen großen Gewinn einzustreichen. Diesen Mißstand ist durch die Vorlage ein Riegel vorgeschoben, da der Kaufpreis der zu erwerbenden Güter von der Anleihekommission selbst festgesetzt wird auf Grund einer von Sachverständigen bewirkten Einschätzung. In Zukunft soll also der Kaufpreis den realen Wert entsprechen.

Die Berechtigung des Enteignungsrechtes an den Staat erfährt in der Vorlage eine lokale und zeitliche Einschränkung. Durch königliche Verordnungen sollen nämlich bestimmte örtlich begrenzte Gebiete und die Zeit, in welcher dort vom Enteignungsrecht Gebrauch zu machen ist, festgesetzt werden, und zwar auf Grund

von Beschlüssen der Anleihekommission, die von einem Beirat zu begutachten sind. Der Vorkontrakt der Anleihekommission bezeichnet jeweils das Grundstück, welches durch Enteignung erworben werden soll. Dagegen kann nun der Eigentümer und jeder, dem in bezug auf das Grundstück ein Recht zusteht, Einspruch erheben. Ob aber diesem Einspruch Folge zu geben ist, darüber entscheiden der Minister für Landwirtschaft, der Minister des Innern und der Finanzminister.

Daß die Polen diese Vorlage mit größter Enttäuschung aufgenommen haben und Himmel und Hölle gegen die gewaltsame Germanisierung ihrer Gebiete anrufen, kann man sich denken. Sie haben bereits einen Nachplan geschmiedet, der für den Fall in Ausführung gebracht werden soll, daß die Konvention der Vorlage zustimmen. Sie wollen nämlich einen Massenboykott aller österrösischen deutschen Güterbesitzer seitens russischer und galizischer Saisonarbeiter in die Wege leiten. Diese sollen möglichst zu Hause festgehalten oder nach Thüringen, Mecklenburg, Hannover, Bayern und Dänemark gebracht werden. Auch unter den österrösischen Polen hat die Vorlage eine große Erregung hervorgerufen. In der am 20. Dezember zusammentretenden gemeinsamen Delegation wollen die polnischen Abgeordneten eine Demonstration in Szene setzen und zwar in der Weise, daß sie gegen das Budget stimmen, um dadurch gegen das Bündnis mit Deutschland zu protestieren. Ein sonderbarer Umweg der Revolutionsart, der jedoch nicht zum Ziele führen wird.

Von den Parteien des preussischen Abgeordnetenhauses stehen die konservativen Richtungen und die Nationalliberalen im allgemeinen auf dem Boden der Vorlage, während das Zentrum und die freisinnigen Gegner dieser Neuerung sind aus Gründen, die Eingang dieses Artikels angeführt sind. Man zweifelt auf diesen Seiten auch daran, daß die Vorlage ihren Zweck erfüllen und das Polentum zurückdrängen wird. Man fürchtet sogar, daß daselbst eine Förderung erfahren werde, indem man sich der unerwarteten Wirkung des Sozialistengesetzes erinnert. Auch in der konservativen Presse erheben sich allgemach Bedenken, selbst in der „Kreuzzeitung“. Die Hände reiben sich nützlich die „Bodenreformer“, die bis jetzt freilich noch eine nur theoretisierende Partei sind, aber alles Heil von einer Enteignung des ganzen Großgrundbesitzes und der Urbarmachung aller Wälder von seiten des Staates, zum Zwecke der Schaffung eines größeren Bauernstandes, erwarten.

## Die Vorgänge in Marokko.

An der algerisch-marokkanischen Grenze sind nunmehr schwere Kämpfe entbrannt. Die Franzosen hatten sich gut vorgefunden, Verstärkungen herangeholt und waren somit, zumal sie durch ihre Artillerie überlegen sind, in der Lage, den Ansturm der Marokkaner zurückzuweisen zu können. In Lalla Marnia waren Donnerstagabend und Freitag vormittag Verstärkungen eingetroffen, bestehend aus Scharfschützen, Spahis, Juvonen und Artillerie. Die Truppen sollten sich bei Sidi bu Dianan konzentrieren. In Remours ist jetzt Verhütung eingetreten.

Vom Freitag und Sonnabend liegen noch folgende Nachrichten vor: Lalla Marnia, 29. Nov. Heute früh drangen die Marokkaner in großer Menge gegen Fort-Say vor. Geschütze, die auf den Höhenjügen aufgestellt waren, richteten ihr Feuer auf die Angreifer, welche über den Fluß zurückgingen und ihre früheren Stellungen wieder einnahmen. — Lalla Marnia, 30. Nov. Der Angriff der Marokkaner schiederte vollständig. Sie jagen sich unter Mithnahme ihrer Toten zurück. Nur ein Toier und mehrere Verwundete blieben auf dem Schlachtfelde liegen. Auf französischer Seite sind keine Verluste zu verzeichnen. — Lalla Marnia, 29. Nov. Marokkanische Banden, die den Stämmen der Mad Mansur und

Gonnas angehören, haben bei Wdscheru am Rißfluß die algerische Grenze überschritten und Plünderungen begangen.

Ministerpräsident Clemenceau, der Minister des Äußeren Richon und Kriegsminister Picquart hatten am Freitag vormittag eine Besprechung über die Vorgänge an der algerisch-marokkanischen Grenze. Picquart teilte mit, daß er vormittags an den Kommandeur des 19. Armeekorps telegraphiert habe, er überlasse ihm die volle Freiheit, ohne daß er aber die notwendig werdenden Truppenbewegungen nach Paris zu berichten brauche, und daß er bestimmt habe, daß in Oran wieder eine starke Besatzung gebildet werde, die geeignet sei, allen Eventualitäten zu begegnen. Die Maßregel wurde von Clemenceau und Richon gebilligt.

Der französische Senat verhandelte am Freitag über die Ergänzungskredite. In Erwiderung auf eine Anfrage erklärte Kriegsminister Picquart, daß die nicht im Etat vorgesehenen Ausgaben für die Unterhaltung der Landtruppen in Marokko bis zum 10. Oktober für Casablanca 1 411 313 Francs und für Wdscheru 516 460 Francs betragen. Sie werden bis Ende des Jahres den Betrag von ungefähr 3 Millionen erreichen, wozu noch 3 Millionen für Materialausgaben kommen. Die Ergänzungskredite wurden bewilligt.

## Politische Uebersicht.

**Oesterreich-Ungarn.** Der Besuch, den der neue deutsche Botschafter in Wien, Herr v. Tschirsky, am Freitag dem österreichischen Minister des Auswärtigen, Baron Aehrenthal, abstattete, galt zwar der Etablierung des marokkanischen Reformproblems. Im Laufe der Unterredung nahm aber der deutsche Vertreter Veranlassung, auch die Art und Weise, wie die preussische Polenpolitik im österreichischen Abgeordnetenhaus kritisiert worden ist, zur Sprache zu bringen. Baron Aehrenthal stellte eine Erklärung des Ministerpräsidenten Freiherrn v. Beck für die Montag- oder Dienstagtagung des Parlaments in Aussicht. — Der Präsident des österreichischen Abgeordnetenhauses, Weiskirchner, gab in einer Unterredung mit dem Obmann des deutschen nationalen Verbandes, Dr. Ehrhart, seinem lebhaften Erstaunen darüber Ausdruck, daß seine Antwort auf die Anfrage des Abgeordneten Windbinksi vielfach eine ganz unrichtige Auffassung gefunden habe. Seine Äußerungen seien weder gegen das Deutsche Reich noch gegen das Bündnis mit diesem gerichtet gewesen. Die christlichsozialen Partei lege vielmehr gerade auf das Bündnis allergrößten Wert, da sie in ihm die wichtigste Friedensbürgschaft erblicke. Ebenso wenig sei aus seinen Äußerungen eine Tendenz gegen das Deutschum in Oesterreich herauszulesen. Er habe lediglich ausgesprochen wollen, daß die berührte Angelegenheit, bei der ja unter Umständen auch Interessen von österreichischen Staatsbürgern in Frage kommen könnten, im österreichischen Abgeordnetenhaus einig und allein im Wege einer Interpellation an den Ministerpräsidenten zur Sprache gebracht werden kann. — Der Ausgleichsausschuß des österreichischen Abgeordnetenhauses hat am Freitag seine Arbeiten beendet. Das gesamte Ausgleichsoperat ist unverändert angenommen worden.

**Italien.** Die italienische Deputiertenkammer verhandelte am Freitag über die Vorlage betreffend den Hercekesas. Bissolati (Sozialist) beantragte Ausschub der gegen Vorlage, da er die Änderungen beim Hercekesas mit einer Verbesserung der Dienstzeit auf zwei Jahre verbunden wissen will. Dagegen wünschte die Regierung die Frage über die Dauer der Dienstzeit aufzuheben, bis der Bericht der mit Erhebungen über die Verwaltung der Armee beauftragten Kommission vorliegt. Da die Einschränkung von Befreiungen vom aktiven Dienst eine dringende Lebensfrage für die Armee sei, um diese auf dem notwendigen Geffistiv-



bekannt zu erhalten, forderte Ministerpräsident Giolitti eine Ablehnung des Antrages Bissolati und versicherte zugleich, daß die Regierung selbst den Wunsch habe, die Frage der zweijährigen Dienstzeit auf das in gebührender Weise zu prüfen, und sobald es möglich sei zu lösen. Trotzdem beharrte Bissolati auf seiner Forderung und da ihm mehrere Abgeordnete, die einen Beschluß in dieser Frage ebenfalls als unaussprechbar ansehen, ihr Votum zusagten, kam es zur namentlichen Abstimmung. Zwar war die Abstimmung resultatlos, da das Haus nicht beschlußfähig war, doch hatte die Regierung eine sehr große Mehrheit. — Raffo Getreue in Triapani, die in letzter Zeit wiederholt für ihren braven Abgeordneten demonstrierten, sind mit dem Verstande, einen Generalstreik in Triapani herbeizuführen, gescheitert. Die Stadt zeigt ihr gedöhrliches Aussehen. Die Studenten, welche feierten, besuchen auf Anraten der Behörden die Vorlesungen wieder, obwohl Agitatoren sich bemühen, sie davon abzuhalten.

**Rußland.** Die vom Ministerpräsidenten Stolypin am Freitag in der Duma und im Reichsrat abgegebene sogen. Regierungserklärung, die wir in vor. Nr. an anderer Stelle hielten, hat im Auslande keine Uebersetzung bereitet, denn sie paßt nach Inhalt und Wortlaut vorzüglich zu dem Charakter der dritten Reichsduma. In Anknüpfung an die Erklärung Stolypins wurde von Gutschkow (Ostobrist) eine Tagesordnung vorgeschlagen, welche die Notwendigkeit sofortigen Beginns der gesetzgeberischen Arbeit betont, während Bobrinski (gemäßigte Rechte) und Marlow (äußerste Rechte) die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit der Regierung hervorhoben. Domschi (Boie) behauptete, daß die Polen als Bürger zweiter Klasse behandelt würden. Mit diesem Etat können die Polen nicht Frieden schließen. Maklakow (Rechts) verlangte, daß die Regierung das Manifest vom 30. Oktober verwirklicht. Stolypin trat den Ausführungen Maklakows entgegen, worauf die Sitzung geschlossen wurde. — In der Duma-Sitzung vom Sonnabend entstand während der Fortsetzung der Debatten über das Regierungsprogramm eine fürchterliche Schandaffäre. In der Ministerloge saßen Stolypin, Finanzminister Kozlovskij, Unterrichtsminister Kaufmann, Reichskontrollleur Charitonow u. a. Auf der Rednertribüne kritisierte Roditschew (Rechts) das Programm der Regierung, speziell den Passus bezüglich der Gerichtsbarkeit. Dabei trat er warm für die Polen ein, was hierher nicht Spöghenheit der Redenten war. „Wie sind Vertreter des Rechts“, rief er Roditschew, „wie lange sollen in Polen diese Zustände herrschen? Gink sprach man von dem Kaiser Nikolaus (Rechts) macht dabei die Bewegung des Gebärgmerdens, heute spricht man von Frauenteil Stolypins.“ Ein unbeschreiblicher Lärm entstand. Niemand achtet auf die Präsidienklänge. Die Rechte lachte zur Tribüne. Roditschew muß herunter. Die Mitglieder der Rechten und Linken bedrohen einander mit Kränzen; glühenderweise sind alle Stühle festgekränzt. Präsident Chomjasow und das gesamte Präsidium verlassen eilig den Saal. Stolypin steht ruhig da, auf den Lärm im Saal herabblühend; keine Muskel seines Gesichtes bewegt sich. Schließlich geht er sich zurück, als die Kraft ihnen aufgegeben werden, sich in ihre speziellen Sitzungsräume zu begeben. Hinter den Kulissen gelangt der Fall Roditschew zum Ausbruch. Roditschew entschuldigt sich und tritt auf Stolypin zu, der ihm freundlich erwidert: „Ich vergehe Ihnen drei Stunden.“ Bei Wiederaufnahme der Sitzung erwidert der Präsident den Rechten einen Beweis für ihr ungebührliches Benehmen. Darauf fordert er die Duma auf, für Roditschews Beleidigung des ersten Staatsdieners das höchste Strafmaß anzuwenden und ihn von 15 Sitzungen auszuschließen. Der Antrag wird angenommen, da nur 96 Abgeordnete der Linken dagegen stimmen. Alsdann betritt Roditschew abermals die Tribüne und nimmt vor der gesammelten Versammlung seine Aussetzung zurück. Zum Schluß fordert Krupenski (Rechts) die Versammlung auf, Stolypin durch Applaus ihre Sympathien auszudrücken. Die Duma erwidert sich und bringt dem Ministerpräsidenten stürmische Ovationen dar, an denen sich auch die Ophobisten beteiligen. — Eine neue revolutionäre Organisation ist in Petersburg entdeckt worden. Zahlreiche Personen wurden verhaftet, darunter der Sohn des Senators Demontschikow sowie ein Gymnasiallehrer. In der Wohnung des verhafteten Demontschikow wurden gegen 200 Bogen Schriftstücke der revolutionären Organisation beschlagnahmt. Die Polizei forscht eifrig nach den Mitgliedern dieser Organisation — Der russische Marineinifer hat, um sich für den Typ eines allen modernen Anforderungen entsprechenden Leinwandschiffes zu entscheiden, beschloßen, ein Ausfließen zu erlassen für die bedeutendsten Seefahrer Russlands und des Auslandes. Es sollen Pläne eingereicht werden für den Bau eines Leinwandschiffes. Das Schiff wird in Rußland mit russischem Material und von russischen Arbeitern nach dem Marineministerium genehmigten Plänen erbaut werden. Auch die

Maschineneinrichtung wird in russischen Privatwerken hergestellt werden. — Was wird das wohl alles gekostet werden, ehe es überhaupt zum Bau eines Schiffes kommt!

**Berlin.** Der Schab von Berlin droht mit einem Staatsstreich. Am Mittwochabend berief der Schab, wie die „Petereb. Teleg. Agentur“ aus Teheran meldet, die Mitglieder des Parlaments und die Minister zu sich und erklärte ihnen: Die Uraruben im Lande hören nicht auf, das Parlament befehligt sich mit Angelegenheiten der Exekutive und mischt sich in die Politik ein, ohne sich um seine eigenen Aufgaben zu kümmern. Der Schab befehlt dann den Ministern, in wenigen Tagen zusammen mit den Deputierten Maßnahmen zur Beruhigung des Landes auszuarbeiten. Sonst würde er sich mit der Sache befassen.

**Nordamerika.** Wie ein Wolffisches Telegramm aus Washington meldet, hat Senator Koraker an die Republikanische Liga von Ohio ein Schreiben gerichtet, in welchem er sich zur Annahme der Unterstützung seiner Präsidentschaftskandidatur durch die Liga bereit erklärt, und somit den Wahlgang Tapfer eingeleitet.

### Deutschland.

**Berlin, 2. Dez.** Der Kaiser hätte Sonnabend vormittag in Schloß Hirschhof die Vorträge des Chefs des Militärkabinetts Grafen v. Hüfen-Haefeler, des stellvertretenden Chefs des Zivilkabinetts von Eisenhart-Rothe und des Justizkabinetts Grafen Wolff-Meternich. Nachmittag machte Kaiser Wilhelm eine Ausfahrt im Automobil. Um 5 Uhr ließ er die Schulkinder des Dries, etwa 170, im Schulhaus mit Tee und Kuchen bewirten. Der Schulraum war mit deutschen und englischen Flaggen geschmückt. Die gekrönten Tischchen waren mit Blumen gesetzt. Der Bischof, die Lehrer und Schwestern waren versammelt. Der Kaiser mit den Herren der Umgebung erschien gegen 5 1/2 Uhr. Vier kleine Mädchen überreichten Blumen. Der Kaiser nahm eine Tasse Tee und etwas Kuchen; sprach auf das freundlichste mit einigen Kindern und schied den Kleinen, die er auf dem Mittelstiege stand, selbst an, der folgende verteilt wurde. Unter entlosten Hurras verließ der Monarch das Kinderschulhaus, worauf das Fest seinen Fortgang nahm. Am Sonntag vormittag bezog sich der Kaiser mit Gefolge nach Ehrstädt und wohnte dort dem Gottesdienste bei.

— (Die Kaiserin) wohnte am Sonntag in Plön mit ihren dort anwesenden Kindern und ihrer Begleitung dem öffentlichen Gottesdienst in der Schlosskirche bei. Nachmittags wurde eine Ausfahrt nach Achberg im Wagen unternommen, abends für die Jugend im Bringenhaufe ein Tanzkränzchen veranstaltet. Am 9 Uhr begabte die Kaiserin mit Sonderzug nach Berlin abzureisen.

— Prinz Heinrich von Preußen hat sich am Sonntag nach Kiel nach Berlin begeben.

— (Zur Frage des preussischen Wahlrechts) hat der Zentralrat der deutschen Gewerkschaften (Girisch-Dünker) an die Regierung und den Landtag unter eingehender Begründung das bringende Ersuchen gerichtet, noch in der laufenden Session ein Gesetz zu erlassen, das unter entsprechender Abänderung der Preussischen Verfassungsurkunde für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht mit geheimer Stimmabgabe einführt und die Wahlbezirke der Volksoberhebung entsprechend neu einteilt.

— (Eine öffentliche Frauerversammlung.) einberufen vom Sächsischen Verein für Frauenstimmrecht, erklärte am Sonntag in Dresden den neuen Wahlgesetzentwurf der Regierung für unzeitmäßig und ungerecht und forderte die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Landtagswahlrechts für Männer und Frauen.

— (Zentrum und Reichsfeuern.) Das Zentrum weist sich jetzt mehr denn je in der Hoffnung, daß die Reichsregierung reumütig zu ihm zurückkehren und es vollständig um positive Mitarbeit zum mindesten bei den Steuern ansetzen werde. Aus diesem Grunde vollzieht sich plötzlich ein ergößlicher Wechsel in bezug auf die Stellung zur Reichssteuerfrage. Während „Germania“, „Königliche Volkszeitung“, und wie die Zentrumsblätter alle heißen, noch bis vor kurzem die Finanzlage des Reiches in den schwärzesten Farben gemalt und darauf hingewiesen hatten, daß es selbst in dem nächsten Jahre ohne neue Steuern nicht abgehen könne, schreibt die „Königliche Volkszeitung“ mit einem Male: „Das Zentrum hat seine Verpflichtung dafür zu sorgen, daß unter allen Umständen etwas Positives bei der Steuerfrage herauskommt. Es hat um so weniger eine solche Verpflichtung, als es vom Standpunkte der Zentrumspartei noch gar nicht ausgemacht ist, daß neue Reichssteuern überhaupt nötig sind.“ — Sieh da, sie da, Timotheus! — (Der Aufbruch der „Deutschen Vereinigung“), den wir bereits erwähnt haben, ist auch

von Herren unterzeichnet worden, über deren bisherige Zugehörigkeit zur Zentrumspartei kein Zweifel bestehen kann. Die liberale „Kön. Volkszeitung“ konstatiert das mit einem sehr lauten Getöse und macht darauf aufmerksam, daß die neue Gruppe, deren Zusammenhang mit der national-fortschrittlichen Bewegung sie betont, trotz aller entgegenstehenden Versicherungen ungewissheit politische Ziele verfolge. Der Radikalismus des rheinischen Zentrumsblattes schließt wie folgt: „Wir werden ja bald sehen, wie die Vereinigung die Mittel, die sie in Aussicht nimmt — eine Zeitschrift, eine Zeitungskorrespondenz, Vortragsreisen, Einwirkung auf die politischen Parteien — anwenden wird, um diese Ziele zu fördern, und wo sie vor allem einsetzen wird. Dann wird es sich auch bald zeigen müssen, ob das Hauptobjekt ihrer Tätigkeit die Wählerchaft der Zentrumspartei gedacht ist oder nicht. Die Zentrumspartei wird jedenfalls die Augen offen halten und jeden Eingriff in ihre Selbständigkeit auf das entschiedenste abwehren.“

— (Sozialdemokraten als Arbeitgeber.) Vom Schöffengericht in Apolda wurde kürzlich ein Arbeiterfaktor, der Vertrauensmann und Führer der Sozialdemokraten des Sulzger Bezirkes ist, wegen Uebertretung des Kinderschutzgesetzes zu 3 M. Geldstrafe und in die Kosten verurteilt.

— (Kaiserliche Marine.) Die Hochseeflotte ist unter Führung des Prinzen Heinrich von ihrer Winterreise, die nach Stagerat und Nordsee führte, am Sonnabend wohlbehalten wieder in Kiel eingelaufen. — Als Ersatzschiff für das durch Explosion unbrauchbar gemordene Schulschiff „Albatros“ ist das ehemalige Panzerschiff „Kaiser“, jetzt „Albatros“ benannt, ausgeteilt. Dieses Schiff ist 1875 in England vom Stapel gelaufen und 1894 zum Panzerkreuzer umgebaut. Es hat denn als Flaggschiff des ostasiatischen Geschwaders gedient und wurde 1906 aus der Flotte der Kriegsschiffe gestrichen.

### Parlamentarisches.

— Die Dispositionen über die Arbeiten des Abgeordnetenhauses sind jetzt so getroffen, daß die nächste Plenarsitzung erst am Donnerstag stattfinden soll, um der Kommission für die Polenvorlage Zeit zur Beratung zu lassen. Für die Plenarsitzungen am Donnerstag, Freitag und Sonnabend sind die erste Lesung des Quellengesetzes und die Beratung der eingegangenen Interpellationen in Aussicht genommen. Da aber das Polizeiverordnungsrecht schon eingegangen ist und bereits am Sonnabend im Hause zur Verteilung gelangt, ist es auch möglich, daß zunächst diese Vorlage in Angriff genommen wird. Nach dem bisherigen Verlauf der Debatte über die Polenvorlage ist die Hoffnung ausgehen worden, die Kommissionsberatung der Polenvorlage noch vor Weihnachten zu beenden. Es wird deshalb angenommen, daß das Abgeordnetenhaus schon am 14. Dezember die Weihnachtsferien beginnen lassen wird.

— Das deutsch-britische Handelsabkommen, das bekanntlich das bestehende Protokoll vom 1. Januar ab um zwei Jahre verlängern soll, ist dem Reichstage nunmehr zugegangen.

— Eine Interpellation über die Besatzungsbesetzung brachschlicht die national-liberale Fraktion des Abgeordnetenhauses nach der „Nationalzeitung“ einzubringen, da sie von den kurzen Änderungen nicht betroffen ist und die Vorlage selbst gerüchtemeist erst im Februar ans Haus kommt. In Sachen der Wahlreform hat die Fraktion beschloßen, vorläufig einen eigenen Antrag nicht einzubringen, sondern zunächst das Ergebnis der Besprechung der freisinnigen Interpellation abzuwarten.

### Vermischtes.

(\* In einem Schiffskegel schwer verbrannt.) Auf dem im Sandbucker Hafen liegenden Hamburger Dampfer „Zurman“ waren der Kapitän Ramholt und zwei Öger mit Innern des Kessels mit einer Reparatur beschäftigt, als plötzlich Dampf in den Kessel gelassen wurde, ob derartiglich oder böswillig, ist noch nicht aufgeklärt. Wellende Hülse drangen alsdann aus dem Kessel, und als man zur Hilfe eilte, wurden die drei im Kessel befindlichen Personen, bereits mit schweren Brandwunden bedeckt, herausgehoben.

### Reklameteil.

Was soll ich mir lang den Kopf zerbrechen, die Zante hat doch alles, was sie braucht, und teure Bedenkegeschäfte kann ich nicht kaufen. Jays ähre Sodener Mineral-Postillen oder werden ihrer Freunde machen — die hat sie gründlich ausprobiert um für die Schwärze sie gerührt. Mit einem halben Duzend Schachteln kann ich mich eindecken und ich habe die Genugung, was Berninifolge gekauft zu haben. Jays ähre Sodener saftig mau für 85 Pfennig die Schachtel in jeder Apotheke, Drogerie und Mineralwasserhandlung.







Weshalb kauft man

# Puppen und Spielwaren

in

## Spielwarenhhaus

### Wilhelm Köhler, kl. Ritterstrasse 6,

am besten?

Hier hat man die grösste Auswahl, erhält eine gute, brauchbare Ware, zahlt die denkbar niedrigsten Preise und wird aufmerksam bedient.

Nützliche  
und  
**Weihnachts-**



gern  
gegebene  
**Geschenke:**

**Teppiche,  
Vorleger,  
Angorafelle,  
Ziegenfelle,  
Fellteppiche,  
Läuferstoffe**  
in Blau, Rot, Grün, Gelb,  
**Abtreter.**

**Möbelstoffe,  
Portieren,  
Dekorationen**  
für Türen und Fenster,  
**Gardinen**  
in weiß und creme,  
**Stores**  
in Tüll, Spagel und Sildrel.

**Tischdecken,  
Reisedecken,  
Schlafdecken,  
Diyandecken,  
Fenstermäntel,  
Wandgobellin,**  
Abwaschbare  
**Gummitischdecken,  
Fusskissen.**

**Gute persische Teppiche und Vorhänge.**  
Linoleum mit durchgehendem Muster als Teppiche für Speisezimmer  
und als Läufer.

Alles in reichster Auswahl zu billigsten Preisen.

## Arnold & Troitzsch,

Halle a. S.,

1. Ecke Kleinschmieden. Fernsprecher 485.

Jeder Erwachsenen Mk. 4.00.  
Jeder Bäckerschuh Mk. 3.50.  
Jeder Kinderhut Mk. 1.85.  
Dieser Spezial-Buchstabe ist nur  
in der 1. Etage im Hause des  
Häufschmieders **Minna Willig**.  
Bühnstr. 6, 1. Etg. Bürgstr. 6, 1. Etg.  
Eingang durch das Putzgeschäft.

**Minna Willig.**  
Werkung Büchergasse 2 (Schöner Fern.)  
Albert Kamm  
in einem Ankleidezimmer oder  
in einem Ankleidezimmer

**2000 Christbäume 2000**  
in allen Größen, schön und gemachte Bäume  
empfiehlt  
**Franz Sieler.**  
Verkaufsstelle: „Anarten“.

**Ortskrankenkasse  
der Bäcker.**  
Donnerstag den 5. Dezember abends  
1/26 Uhr im „Aboll“  
**General-Versammlung.**  
1. Wahl des Aufsichtes zur Prüfung der  
Jahresrechnung.  
2. Ergänzungswahl des Vorstandes.  
Merseburg, den 29. November 1907.  
Der Vorstand.

Halle a. S.  
**Zum Pilsner Urquell,**  
Barfüßerstr. 26,  
nächste Nähe des Marktes u. Theaters.  
Vorzügl. Verpflegung Erstklass. Bier.  
Herrn Kaufmann.

**Geschäfts-Eröffnung.**  
Einem geehrten Publikum von Merseburg und  
Umgegend beehre ich mich ergebenst anzuzeigen, dass ich  
**Gotthardtsstrasse Nr. 18**  
(gegenüber dem „Halben Mond“) eine  
**Klempnerei**  
verbunden mit Ladengeschäft  
eröffnet habe.  
Ich empfehle mein in guter Auswahl befindliches  
Lager in **Lampen aller Arten, Haus- und  
Küchengeräten und Wirtschaftsgegen-  
ständen** und bitte bei vorkommendem Bedarf um  
gütige Berücksichtigung.  
Gleichzeitig halte ich mich zur Ausführung von  
**Bauarbeiten, sowie Installationen** in Gas und  
Wasser, **Klosett-Anlagen u. Badeeinrichtungen**  
bestens empfohlen.  
Schnellste Erledigung von Reparaturen.  
Indem ich bitte, mich mit werten Aufträgen zu  
beehren, sichere ich eine solide u. gewissenhafte Aus-  
führung derselben bei billigster Berechnung zu.  
Hochachtungsvoll  
**Louis Müller,**  
Klempnermeister.  
Mitglied des Rabatt-Sparvereins.

**Bei Gicht,**  
Rheumatismus, Nervenschmerzen bleibt einzig bewährt  
**Tyroler Latschenkleeferöl Marke „Ripin“**  
Flasche 1,50 bet  
**Rich. Kupper, Central-Drogerie.**

**Bürgergarten.**  
Mittwoch Schlachtfest.  
Jul. Quellmalz.  
**Hubold's Restauration.**  
Heute  
**Schlachtfest.**  
Dienstag  
**Schlachtfest.**  
Ernst Vogel, Rauchhändlerstraße.

**Musik!**  
Einige Lehrlinge stelle Oftern bei guter  
Behandlung und ohne Bezahlung wieder ein.  
**B. Friedemann,**  
Stadtmusikdirektor Mücheln,  
(uniformierte Schülertafel).  
Nach sind folgende zwei von mir selbst  
komponierte Stücke in deutlicher schöner Re-  
schrift zu haben:  
**a. Nothbacher Siegesmarsch,**  
(wurde bei der Jubelfeier in Hochbad mit  
großem Beifall aufgenommen);  
**b. Weihnachtsfreuden-Marsch,**  
(passend zum Weihnachtsfest im Hause sowie  
zu Festlichkeiten).  
Preis 2 Mk. für Orchester, 1,50 Mk. für Klavier.  
In **Graser, Greiser und Mevener**  
Kleiderhaken, sowie **Gläser Baumwollw.**  
sollen hier und an allen groß. Orten der Umge-  
bende-Geschäfte  
eröffnet werden und wollen zahlungsfähige  
Zustellereinstellung unter „Gülden 6722“  
an **Rudolf Mosse, Leipzig** senden.  
Kein Haben, passend für jede Frau.

**Ein Geschirrführer**  
wird angenommen **Hertel, Saalstraße.**  
Suche sofort einen zuverlässigen  
**Geschirrführer.**  
**L. Weniger,**  
Oberbreitstraße 3.  
Ordentl. Drecker und Arbeiterfamilie,  
Stubenmädchen für Mittagst., sowie Personal  
für Stadt und Land werden jeberzeit gut  
platziert durch  
**Frau Henriette Langenheim,**  
Stellenvermittlerin, Schmalstraße 21.

**2 Frauen**  
zur Feld- und Schneearbeit sofort gesucht.  
**Louis Weniger,**  
Oberbreitstraße 3.  
Suche zum 1. Januar  
**anständiges jüngeres Mädchen**  
für kleinen Haushalt mit 3 Kindern von  
8, 7 und 3 1/2 Jahren. Bestes Mädch.  
3 Jahre bei uns.  
**Krüger, Berlin 58,**  
Stargarderstr. 56.

Jüngeres besseres Mädchen, im Nähen,  
Plätten und Stubenarbeit erfahren, sucht als  
**2. Stubenmädchen,**  
auch durch Vermittlung  
Nittergut Gr. Kaysa, Bahnst. Frankleben.  
**Damenuhr verloren.**  
Bitte gegen gute Belohnung abzugeben im  
„Deutschen Hof“, Rauchhändlerstraße.

**10 Mk. Belohnung**  
Ich suche denjenigen zu, welcher mit die  
Personen nachweisen kann, die mir innerhalb  
der letzten 14 Tage aus meiner verschlossenen  
Kasse zwischen Lützen und Katernheide  
entwendet haben: 1 runden Tisch mit  
Dreifuß, 2 Stühle, 2 Hochstühle, 1 Kasten-  
stuhl mit 5 Stufen, hellgrün gefärbt.  
**Otto Böttger, Sand 18.**  
Bei meinem Weggang von Merse-  
burg sage ich allen Freunden und Be-  
kanten ein herzliches Lebwohl.  
**Anna Teuber.**  
Hierzu eine Beilage.



Deutschland.

Der Rücktritt des „alten Langerhans“ von seinem Posten als Stadverordneten Vorsteher von Berlin ist ein Ereignis, das auch außerhalb der Reichshauptstadt Beachtung verdient.

(Webel's Vaterlandsliebe.) Der Schweizer Gelehrte und Politiker D. A. Webel hat in einer öffentlichen Rede angeführt, selbst Herr Webel scheint neuerdings zu der Einsicht gekommen zu sein, daß jeder Deutsche mit Gut und Blut für sein Vaterland einzustehen habe.

(Um den sozialdemokratischen Protestverfammlungen gegen das Dreiklassenwahlrecht, die am Tage der Eröffnung des Landtages in vielen Städten Preussens stattfanden, ein gewisses Relief zu geben, haben die Genossen mehrfach auch die Führer der bürgerlichen Parteien zur Teilnahme eingeladen.

Der Rücktritt Rehbrings von der Leipz. Volkszeitung wird vom „Vorwärts“ bekämpft. Dem sozialdemokratischen Zentralorgan ist es aber recht unangenehm, daß das Breslauer Bruderblatt den wahren Grund dieses Rücktritts ausgeklübelt hat.

und Privatangelegenheiten“ und behauptet, Genosse Rehbring werde jetzt den seit langem gehegten Wunsch ausführen, sich von der Tagesjournalistik frei zu machen, um sich ungehindert der wissenschaftlichen Arbeit zu widmen.

Parlamentarisches.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 30. Nov.) Im Reichstag kam am Sonnabend in der Fortsetzung der Etatsdebatte als Redner der freisinnigen Volkspartei der Abg. Dr. Wiemer zum Wort, nachdem der Unfallversicherungsvertrag mit den Niederlanden in dritter Lesung debattiert worden war.

Deutscher Reichstag. (Sitzung vom 30. Nov.) Im Reichstag kam am Sonnabend in der Fortsetzung der Etatsdebatte als Redner der freisinnigen Volkspartei der Abg. Dr. Wiemer zum Wort, nachdem der Unfallversicherungsvertrag mit den Niederlanden in dritter Lesung debattiert worden war.

Abgeordnetenhaus. (Sitzung vom 30. Nov.) Das Abgeordnetenhaus beendete am Sonnabend die erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Einführung des Deutschen in die Kommission von 25 Mitgliedern.

Provinz und Umgegend.

Halle, 1. Dez. Infolge der starken Verteuerung der Kohle und Erhöhung der Arbeitslöhne sieht sich das händische Gaswerkstatorium genötigt, den Preis pro Kubimeter Kochgas von 10 auf 12 Pf. zu erhöhen.

Halle, 1. Dez. Die beiden geisteskranken Verbrecher, die, wie gemeldet, aus Kietzen entflohen waren, sind hier wieder eingekerkert worden.

Rebau, 1. Dez. Gelegenheitlich des Abbruchs eines alten Backofens wurden in dem hayerischen Orte Rebnorf 800 Goldgulden und gegen 200 Silbermünzen, in mehrere Säcken verpackt und sämtlich wohlbehalten, aufgefunden.

Gienach, 30. Nov. Im Kalibergwerk Sachsen-Weimar verunglückten vier Bergleute; einer von ihnen fand den Tod.

Jena, 1. Dez. Der Milchkrieg ist zur Laftake geworden; die tiefste Bevölkerung will sich die Verteuerung der Milch von 20 auf 22 Pf. pro Liter, wie sie von der hiesigen Sanitäts- und Dampfmolkerei in den letzten Tagen erfolgt ist, nicht gefallen lassen.

Hötensleben, 30. Nov. Wassernöte hat hier der zunehmende Bergbau veranlaßt. Das Wasser wird durch die Dampfmaschinen gehoben und fortgeleitet.

Roswig (Anhalt), 30. Nov. Im Dorfe Mähstedt fand der 91jährige Jährling Bergt dadurch seinen Tod, daß ihm ein Fleckhaid in die Luftröhre geriet.

Jena, 30. Nov. Die Firma Carl Zeiß gewährt ihrem Geschäftsinhaber die Nachzahlung



von 10 Prozent auf die Löhne und Gehälter im letzten Geschäftsjahr.

† Dresden, 30. Nov. Prinz Johann Georg von Sachsen ist bei einem Besuch am englischen Hofe an Influenza erkrankt, der sich noch ein Magen- und Darmleiden zugesellt hat.

† Dresden, 2. Dez. Vom Amt suspendiert wurde wegen Verwehlens der Kaffeebohnen der Privatvermögensverwaltung des Königs von Sachsen, Carl Vogel. Die Veranlassung sollen ungenaue Buchungen und Geldverluste sein.

### Lokalnachrichten.

Merseburg, den 3. Dezember 1907.

Der Gewerbeverein veranstaltete am Sonntag einen sehr gut besuchten Vortragsabend. Herr Lehrer Grempler sprach über die Frage: Was wollen die Bodenreformer? Er führte dabei dem Hauptinhalte nach etwa folgendes aus. Die Bestrebungen der Bodenreformer sind hervorgerufen durch die Wohnungsnot und das Wohnungseld in den großen Städten. Das darunter die städtischen wie die gesundheitslichen Verhältnisse schwer leiden müssen, ist ohne weiteres klar. Aus Berlin, Hamburg, Königsberg, Leipzig, Breslau und Halle werden in dieser Beziehung betrübende Tatsachen mitgeteilt. Woher kommt nun solches Wohnungseld? Von den hohen, meist künstlich gesteigerten Mietpreisen. Kapital und Arbeit finden keinen billigen Grund und Boden, weil die Verdinggesellschaften ihre Hand dabei im Spiele haben. Sie treiben die unerhörte Spekulation, und zu der Spekulation gefüllt sich der Schwundel, bei dem gewöhnlich die Bauarbeiten verlieren. Die Reformer bedien den großen Unfug auf und veranlassen zum Segne der Behörden entsprechende Gesetzesvorlagen. Auch gegen die Pfandbriefbanken, welche in ähnlicher Weise nachteilig wirken, nahmen sie Stellung. Besonders aber zeigen sie sich darauf bedacht, die Gesamtheit an dem Gewinne partizipieren zu lassen, der durch die Kulturarbeit der Gesamtheit entstanden ist. Deshalb schlagen sie die Entschädigung der Grundstücke nach dem gemeinen Wert anstatt nach dem Nutzungswert vor und reden eifrig der Verdinggesellschaften und der Vermittlungsrente das Wort. Zugleich empfehlen sie den Gemeinden, von dem ihnen gebührenden Baugelände nichts zu verkaufen, vielmehr nach Möglichkeit hinzuzukaufen, um es dann unter billigen Bedingungen in Erbbaurecht zu geben. Ueber das Wesen und die Arten der Verdinggesellschaften, die bereits verschiedentlich eingeführt worden ist und ungewissheit den Vorzug vor der Umfugsteuer verdient, verbreitete sich der Herr Referent in besonderem Maße. Auf sie sowie auf die Notwendigkeit einer organisierten Wohnungsaufsicht bezog sich auch hauptsächlich die Diskussion, die dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag sich anschloß.

Der Männer-Turnverein unternahm am Sonntag mit 44 Mitgliedern eine Turnfahrt nach Leipzig. Es galt diesmal weniger die Natur, wie man sonst bei Turnfahrten gewöhnt ist, zu genießen, sondern es galt auch, an der Kunst sich zu erfreuen. In Leipzig verließ die Turnerschaft die Eisenbahn und marschierte bis frühlichem Wiederlang, von Leipzig Turnerbüden geleitet, durch das Rosenfeld nach der Turnhalle des Leipziger Turnvereins — die größte Turnhalle Deutschlands — die unter bewährter Führung mit großem Interesse eingehend besichtigt wurde. Dann brachte ein Straßenbahnwagen die Turnfahrer nach dem Völkerschlacht-Denkmal. Sehr lebhaft sind die gewaltigen Fundamente des monumentalen Baues und nicht minder interessant zu sehen, wie die riesigen Steinblöcke verlegt und die Steinblöckebauerarbeiten vorwärts schreiten. Im Gasthof „Napoleonstein“ wurde Mittagbrot gehalten. Dann kehrte man in die innere Stadt zurück. Der Ausgangspunkt der Fahrt war das am Nachmittag von einem Komitee veranstaltete Wänderfest. Symphonie-Konzert, wozu die Turnfahrtleitung den Eintritt erwidert hatte. Hochbefriedigt von den trefflichen Leistungen des auch hier bekannten Dreiecks stürzte man sich dann beim Abendbrot im „Völkchen-Restaurant“, wo für die Turnfahrer eine lange Tafel reserviert war. Mit dem Abendzuge kehrte man dann 1/10 Uhr nach Merseburg zurück. Die gut vorbereitete und gelungene Fahrt wird jedem Teilnehmer eine schöne Erinnerung bleiben.

Der kirchliche Verein der Neumarktgemeinde hielt am Sonntag abend im „Augustin“ seinen ersten Familienabend ab, der sich eines sehr guten Besuchs zu erfreuen hatte. Nach dem gemeinsamen Gesang „Wie soll ich dich empfangen“ sprach Herr Hermann Sella einen von ihm verfassten Prolog, der in weitestem Maße die Ziele und Bestrebungen des kirchlichen Vereins zeigte und mit innigen Wünschen für die weitere Entwicklung schloß. Herr Pastor Voit begrüßte darauf in herzlichen Worten die erschienenen Gemeindeglieder und Gäste und betonte ebenfalls die Aufgaben des Vereins, nämlich Pflege des kirchlichen Lebens und Gemeinnsinn im gesell-

schaflichen Leben. Das Programm wies reiche Abwechslung in musikalischen und gesanglichen Darbietungen auf. Eine Dreiecksvereinigung dieser Bürger warierte mit einer Anzahl Dreieckshüte auf, die infolge ihrer gelegenen und prägnanten Ausführung berechtigten Beifall fanden. Fräulein Mühlfordt erfreute die Anwesenden wieder mit einigen ansprechenden Gesangsbeiträgen, während Fräulein Kopp die Karl Gerlach'sche Dichtung „Advent“ vortrug. Beide erzielten ebenfalls reichen Beifall. Hierauf berichtete Herr Pastor Voit über die Advents- und Weihnachtskisten im beiläufigen Lande. In farbenprächtigen Bildern schilderte er seine Reiseerlebnisse im beiläufigen Lande unter Hervorhebung der einzelnen aus dem Leben unseres Heilandes bekannten Städte, wie Nazareth, Betlehem und Jerusalem. Mit Interesse folgten die Zuhörer der eindrucksvollen Schilderung. Der gemeinsame Gesang „Ich mache du mich Armen“ gab dann dem in allen Teilen verjünglich verlaufenen Familienabend seinen Abschluß.

Die Feier seines 32-jährigen Bestehens beging am Sonnabend im „Tivol“ der hiesige Dilettanten-Verein, der, wie wir gleich voraussetzen wollen, die Zahl der Festteilnehmer an diesem Abend in dem großen Saale kaum unterzubringen vermochte. Die Erschienenen sahen sich aber auch in ihren Erwartungen nicht getäuscht, denn das Programm bot eine Fülle musikalischer und theatralischer Genüsse. Nach zwei einleitenden Orchesterstücken brachte der Männerchor das „Bundeslied“ von Mozart und „Spielmanns-Solt“ von G. Simon zum Vortrag und zeigte namentlich bei letzterem bemerkenswerte Frische und feine Harmonie. Wo trefflich gelangen weiterhin auch die Chöre „Frau Nachigall“ von Henmann und „Gleiten von Gaus“ von Schulte, sowie der interessante Vokalquintett „Posten auf der Alm“, mit Dreiecksbegleitung komponiert von Engelberg, der die verschiedensten Gemütsstimmungen eines Alpenwanderers zum Ausdruck bringt. Wohlverdienten Beifall erzielte auch die „Aber Werners aus Westdeutschland“ (aus Schepke's „Trompeter von Säckingen“), Solo für Bass von Gräbner, ferner zwei Duette „So wahr die Sonne scheint“ und „Die Schwalben“ von R. Schumann. Unterbrochen wurde die Reihe der Gesangsnummern von brillant gespielten Musikstücken unseres Stadterchester, das für seine Fantasie aus der Oper „Lohengrin“, die Szenen aus der Oper „Strabala“ und die Introduktion aus der Oper „Garnen“ enthusiastischen Applaus einbrachte. Den Schluß des unterhaltenden Teils bildete die Aufführung des einaktigen Lieberpiels „Eingewegelt“ von Jacobson, die ganz vorzüglich genannt zu werden verdient, namentlich gelang der musikalische Teil so gut, wie man ihn nur selten auf Dilettantenabenden zu hören bekommt. Der sich anschließende Ball festsetzte die Tanzlustigen bis gegen Morgen an die gastlichen Räume.

Die hiesige Privat-Theater-Gesellschaft hatte am Sonntag im „Tivol“ einen Familien-Nachmittag veranstaltet und brachte hierbei zwei Bühnenstücke zur Verführung. Zuerst das 2-aktige Lustspiel „Der Weihnachtsmann in Nöden“ von Werkmeister und dann den Einakter „Düfel Otto“ von Adelberg. Das zahlreich angewesene Publikum, vor allem aber die stark vertretene Jugend folgte den fesselnden Szenen auf den wohlbedeutenden Brettern mit großem Interesse und spendete den Mitwirkenden, die auch diesmal vortreffliches leisteten, rauschenden Beifall. Der Abend war einem Längchen der Erwachsenen gewidmet.

Infolge falscher Weidenstellung fuhr Freitag nachmittags, wie uns nachträglich gemeldet wird, auf dem Abwegeliste der Königsstraße eine Lokomotive berat auf einen flachen Güterwagen, das sie mit dem vorderen Teile auf dem Wagen hand. Nach einiger Zeit gelang es, die Maschine aus ihrer erhöhten Stellung zu befreien. Der Materialschaden war nur unbedeutend.

Die neue Treppe an der Wasserloobstraße, zur Saale bezw. nach Neufeld führend, ist nunmehr fertiggestellt und dem Verkehr übergeben worden. Dieselbe ist jetzt fünfstufig anstatt früher dreistufig und aus Beton hergestellt. Auch ein Geländer ist angebracht, so daß Unfälle fünfstufig ausgeschlossen sind.

In dem zum Parforce der Altenburg gehörigen Gartenhäuschen ist in der Nacht vom Sonntag zum Montag eingebrochen worden. Die Diebe zertrümmerten ein Fenster und stiegen durch dieses ein. Ein in dem Häuschen stehender Schrank wurde gewaltsam geöffnet und 5 Büchsen Honig gekohlen. Den Garten verlassen die Diebe mittelst einer Leiter über die Mauer an der Scharfstraße.

Ein Einbruch wurde in den letzten Tagen in einer Gartenlaube zwischen Nazareth und Kaserne an der Weisenfelderstraße ausgeführt. Die Diebe nahmen verschiedene dort untergeleitete Gegenstände, einen Tisch und mehrere Stühle, mit. Der Besitzer hat auf die Ermittlung der Diebe eine Belohnung von 10 M. ausgesetzt.

Spielplan-Änderung im Stadttheater in Halle. Mittwoch den 4. Dezember, „Wilhelm Tell“ (Schauspiel).

### Aus dem Leserkreise.

Für die Einleitungen unter dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung. Anonyme Einleitungen können nicht berücksichtigt werden.

Gingehant. (Antwort auf das Eingehant in Nr. 282.) Wann werden die ledigen und zugleich lächerlichen Anzweiflungen der Bürger seitens der Beamten endlich einmal aufhören? Doch pardon, wir wollen nicht belehigen; nicht die Beamten sind es, sondern nur ein kleiner Jüchel derselben. Und was beabsichtigt dieser? Er will durchaus Zwiespalt zwischen Bürger und Beamte sein, er will das Verhältnis zwischen beiden, das bis jetzt doch beiderseitig ein durchaus erträgliches gewesen ist, absichtlich trüben. Diese tabelnwertige Absicht sei hier zunächst konstatiert. Erfreulicherweise läßt sich aber feststellen, daß das Verhältnis auch heute noch, dank der Besonnenheit der Bürger und des größten Teils der Beamtenerschaft, ein durchaus friedliches ist. Wächtig ist der Grund dieses Gebahrens. Jedem Merseburger ist es bekannt, ein Herr, von ihnen als Stadterordneter präsentiert, wurde sowohl von der Bürgererschaft als auch einem Teil der Beamtenerschaft nicht angenommen. Das ist nicht ein Zeichen des Mißwillens seitens der Bürgererschaft. Diese hat im Gegenteil stets ein sehr legales Verhalten seitens der Beamtenerschaft gezeigt, gerade hinsichtlich der Stadtverordnetenwahlen. Wir wollen doch offen und ehrlich sein. Gewiß faßt der und jener Geschäftsmann auch mal in Halle, das Hauptquartier der Merseburger Kunden in auswärtigen Geschäften stellt jedoch die Beamtenerschaft. Doch es ist Sache des Geschäftsmannes wie des Beamten, wo er kauft. Dieses Auswärtelaufen soll nicht einmal getadelt, sondern eben nur erwähnt werden. Trotz dieser für einen Merseburger Geschäftsmann immerhin betrübenden Tatsache haben die Bürger stets für die von den Beamten präsentierten Kandidaten gestimmt. Das beweist die verhältnismäßig große Zahl von Beamten, die in unserm Stadtparlament sitzen, während z. B. die viel zahlreicheren Arbeiter bis jetzt überhaupt noch nicht vertreten waren. Die Bürgererschaft würde auch diesmal ohne Widerrede für einen Beamten gestimmt haben, wenn nicht ein Herr in dieser exponierten Stellung vorgeschlagen worden wäre.

Wenn auch seit 10 Jahren keine Gehaltsüberhöhung eingetreten ist, so würde sich doch mancher Gewerbetreibende mit dem Gehalte eines Subalternbeamten, wenn er es hätte, selbst in dem teuren Merseburg ein recht erträgliches Dasein verschaffen.

Wenn man sich einerseits wundern muß, daß der „Correspondent“ derartige Anzweiflungen immer noch aufnimmt, so muß man andererseits aus dieser Tatsache seine Unparteilichkeit rühmend hervorheben. c.

### Aus dem Merseburger und benachbarten Kreisen.

G. Greypau, 29. Nov. Eine Frage von äußerster Wichtigkeit hält hier seit Monaten die Gemüter in Spannung. Es handelt sich darum, ob der hiesige Kriegereverein „Verein Greypau-Trebnitz“ oder „Trebnitz-Greypau“ heißen soll. Jedermann wird zugeben, daß die Entscheidung dieser Frage in dem einen oder anderen Sinne von unabsehbaren Folgen nicht nur für das Wirken und Gedeihen des Vereins, sondern sogar zuletzt für das Wohl und Wehe des deutschen Vaterlandes sein muß und wir versehen daher auch völlig den Ernst, mit dem altgediente, im Kampf des Lebens und im Dienste der Gemeinde und des Vaterlandes ergrauete Männer über diese Frage debattieren. Leider ist auf die Lösung dieser weitverbreiteten Frage in nächster Zukunft nicht zu rechnen, da sie sogar der Diplomatie des Vorstehenden des Kreislergeregiments, der kürzlich persönlich hier war und die freitenden Gemüter zu verjöhnen suchte, bloßer noch nicht gelungen ist. Es besteht jedoch die Hoffnung, daß die Sache sich im nächsten Jahresdritt genügend geklärt haben wird, um endlich entscheidend zu werden. Ein wahres Glück ist es, daß die Zeit der Heiden vorüber ist, sonst würde vielleicht auf dem Felde zwischen beiden Gemeinden mancher Strauß ausgefochten werden, und mancher tapfere Kämpfer müßte für die Ehre seiner Gemeinde ins Gras beißen. Schade, daß es sich um die Gemeinden Greypau und Trebnitz, und nicht um Schilda und Schöppenschicht handelt. Wir würden sonst einen gewiß allseitig befriedigenden Vorschlag zu machen. Sollte jedoch etwa einer der Leser fragen: haben denn Kriegerevereine sich nicht im ersten, weniger den Spott herausfordernden Dingen zu beschäftigen? so antworten wir ihm, daß er nichts davon versteht.

Aus dem Kreise Merseburg, 2. Dez. Dem Gutschafmeister Friedrich Engel und dem Gutsbesitzer Karl Heft, beide in Dellig a. S., ist das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen worden.

Reinsdorf, 2. Dez. Das Allgemeine Ehrenzeichen ist hier dem landwirtschaftlichen Arbeiter Friedrich Pfäzner verliehen worden.

### Aus vergangener Zeit — für unsere Zeit.

Am 360. Jahrestag, am 2. Dezember 1547, hat sich Fernando Cortez, der Eroberer Mexikos, einer der hoch-













# Correspondent.

**Bezugpreis** vierteljährlich 1 Mark, monatlich 35 Pf., 6 Monate 1,80 Mark, bei Zahlung durch den Postboten 1,95 Mark, durch andere Austräger in der Stadt u. auf d. Lande 1,20 Mark, 1,50 Mark, monatlich 40 Pf., 50 Pf., 60 Pf., 70 Pf., nach Antritt mit Portozuschlag. — Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal wöchentlich, mit Ausnahme der Tage nach Sonn- u. Feiertagen; in den Sonntagsheften der Stadt am Abend vorher. — Nachdruck unserer Originalmeldungen nur mit schriftlicher Genehmigung gestattet. — Für Fälschungen unserer Feuilletons keine Verantwortlichkeit.

**Wöchentliche Gratisbeilagen:**  
8seitig, illustr. Sonntagsblatt mit 14 tägiger Modebeilage.  
4seit. landwirtsch. u. handelsbeil. mit neuesten Marktnotierungen.

**Anzeigenpreis** für die erste Belegzeile oder deren Raum 1.00 Mark, 2.00 Mark, 3.00 Mark, 4.00 Mark, 5.00 Mark, 6.00 Mark, 7.00 Mark, 8.00 Mark, 9.00 Mark, 10.00 Mark, 11.00 Mark, 12.00 Mark, 13.00 Mark, 14.00 Mark, 15.00 Mark, 16.00 Mark, 17.00 Mark, 18.00 Mark, 19.00 Mark, 20.00 Mark, 21.00 Mark, 22.00 Mark, 23.00 Mark, 24.00 Mark, 25.00 Mark, 26.00 Mark, 27.00 Mark, 28.00 Mark, 29.00 Mark, 30.00 Mark, 31.00 Mark, 32.00 Mark, 33.00 Mark, 34.00 Mark, 35.00 Mark, 36.00 Mark, 37.00 Mark, 38.00 Mark, 39.00 Mark, 40.00 Mark, 41.00 Mark, 42.00 Mark, 43.00 Mark, 44.00 Mark, 45.00 Mark, 46.00 Mark, 47.00 Mark, 48.00 Mark, 49.00 Mark, 50.00 Mark, 51.00 Mark, 52.00 Mark, 53.00 Mark, 54.00 Mark, 55.00 Mark, 56.00 Mark, 57.00 Mark, 58.00 Mark, 59.00 Mark, 60.00 Mark, 61.00 Mark, 62.00 Mark, 63.00 Mark, 64.00 Mark, 65.00 Mark, 66.00 Mark, 67.00 Mark, 68.00 Mark, 69.00 Mark, 70.00 Mark, 71.00 Mark, 72.00 Mark, 73.00 Mark, 74.00 Mark, 75.00 Mark, 76.00 Mark, 77.00 Mark, 78.00 Mark, 79.00 Mark, 80.00 Mark, 81.00 Mark, 82.00 Mark, 83.00 Mark, 84.00 Mark, 85.00 Mark, 86.00 Mark, 87.00 Mark, 88.00 Mark, 89.00 Mark, 90.00 Mark, 91.00 Mark, 92.00 Mark, 93.00 Mark, 94.00 Mark, 95.00 Mark, 96.00 Mark, 97.00 Mark, 98.00 Mark, 99.00 Mark, 100.00 Mark.

Nr. 283.

Dienstag den 3. Dezember 1907.

34. Jahrg.

## Ueber die Polenvorlage.

Noch weit mehr, als die Frage der Deckung des Defizits im Reichshaushaltetat, hat die dem preussischen Abgeordnetenhaus unterbreitete Polenvorlage die Parteien in Aufregung versetzt und Gegenstände der Forderung, die bereits nahezu abgeschlossen sind. Bei der Polenvorlage kommen neuerlich nicht nur Zweckmäßigkeitsgründe, sondern auch Prinzipien, wie die Heiligkeit des Privateigentums und die Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetz in Frage und es wird durch dieselbe Bedenken geschaffen in Anschauungen, welche bisher, außer bei den Sozialisten, für unantastbar galten und deren Wobfaltung Prädikate geschaffen wird, auf die sich eines Tages noch viel weiter gehende Forderungen berufen können. Das Wesen der Polenvorlage liegt viel weniger in den großen Summen, welche sie verlangt, als in ihrer Richtung gewisser verfassungsmäßiger Rechte, und sie wird wohl lediglich dieser letzteren Eigentümlichkeit wegen auf vielen Widerstand stoßen.

Die Geldmittel, welche sie fordert, belaufen sich insgesamt auf 400 Millionen Mark. Davon sollen 300 Millionen zur Auffüllung des bisher mit 350 Millionen ausgeschütteten Ansetzungsfonds, 50 Mill. zum Ankauf großer Güter und deren Umwandlung in Rentengüter und 50 Millionen zur Anlage von Domänen und Forsten verwendet werden. Die Vorlage ermächtigt zugleich den Finanzminister, zum Zwecke der Bereitstellung der erforderlichen Summe Staatsschuldverschreibungen, oder vorübergehend auch Schatzanweisungen auszugeben. In der jetzigen und überdies noch in Zukunft begriffenen Geldknappheit besitzt diese Anleihe, im Verein mit denen, welche das Reich und Preußen zur Begleichung des Etats nötig haben, wie die Faust aufs Auge. Jedoch ist dieses Bedenken fern allzu schwerwiegend. Die für den Ansetzungsfonds bestimmten Millionen sind übrigens nach geschätzter Verwendung zum Ankauf von Grundbesitz fundiert und wohl auch lediglich rentabel angelegt. Auch werden sie nur allmählich, innerhalb eines längeren Zeitraumes, benötigt. Immerhin werden sie die Belastung des Geldmarktes erheblich steigern.

Damit die vielen Millionen auch sicher und möglichst bald die ihnen zugedachte Verwendung finden können, erteilt die Vorlage der Ansetzungscommission das Einseitigungsrecht, also eine Befugnis von hoher prinzipieller und geradezu recht unumwundener Bedeutung. Sie soll dadurch in den Stand gesetzt werden, geschlossene Ansetzungsformulare herzustellen. Bisher ließ sich dies nicht ermöglichen, weil die Kommission bester Fall jeder wenn die den Besitz der Ansetzungscommission überlegen sind, in der Lage, den Ankuren der Marokkaner zurückweisen zu können. In Lalla Marnia waren Donnerstagabend und Freitagvormittag Verstärkungen eingetroffen, bestehend aus Scharfschützen, Spahis, Juaven und Artillerie. Die Truppen setzten sich bei Sidi bu Denan konzentrieren. In Remours ist jetzt Verhütung eingetreten.

Vom Freitag und Sonnabend liegen noch folgende Depeschen vor: Lalla Marnia, 29. Nov. Heute früh drangen die Marokkaner in großer Menge gegen Port-Say vor. Geschütze, die auf den Höhenzügen aufgestellt waren, richteten ihre Feuer auf die Angreifer, welche über den Ris zurückgingen und ihre früheren Stellungen wieder einnahmen. — Lalla Marnia, 30. Nov. Der Angriff der Marokkaner scheiterte vollständig. Sie zogen sich unter Mitnahme ihrer Toten zurück. Nur ein Toter und mehrere Verwundete blieben auf dem Schlachtfelde liegen. Auf französischer Seite sind keine Verluste zu verzeichnen. — Lalla Marnia, 29. Nov. Marokkanische Banden, die den Stämmen der Wad Mansur und

von Beschüssen der Ansetzungscommission, die von einem Beirat zu begutachten sind. Der Vorkliegende der Ansetzungscommission bezeichnet jeweilig das Grundstück, welches durch Enteignung erworben werden soll. Dagegen kann nun der Eigentümer und jeder, dem in bezug auf das Grundstück ein Recht zusteht, Einspruch erheben. Ob aber diesem Einspruch Folge zu geben sei, darüber entscheiden der Minister für Landwirtschaft, der Minister des Innern und der Finanzminister.

Dass die Polen diese Vorlage mit größter Entrüstung aufgenommen werden und Himmel und Hölle gegen die gemeinliche Germanisierung ihrer Gebiete anrufen, kann man sich denken. Sie haben bereits einen Nachplan geschmiedet, der für den Fall in Ausführung gebracht werden soll, daß die Konserwativen der Vorlage zustimmen. Sie wollen nämlich einen Massenboykott aller ostelbischen deutschen Gutbesitzer seitens russischer und galizischer Saisonarbeiter in die Wege leiten. Diese sollen möglichst zu Hause festgehalten oder nach Löhningen, Meidenburg, Hannover, Bayern und Dänemark gebracht werden. Auch unter den österreichischen Polen hat die Vorlage eine große Erregung hervorgerufen. In der am 20. Dezember zusammentretenden gemeinsamen Delegation wollen die polnischen Abgeordneten eine Demonstration in Szene setzen und zwar in der Weise, daß sie gegen das Budget stimmen, um dadurch gegen das Bündnis mit Deutschland zu protestieren. Ein sonderbarer Umweg der Revanchegelt, der jedoch nicht zum Ziele führen wird.

Von den Parteien des preussischen Abgeordnetenhauses stehen die konserwativen Richtungen und die Nationalliberalen im allgemeinen auf dem Boden der Vorlage, während das Zentrum und die freisinnigen Gegner dieser Meinung sind aus Gründen, die eingangs dieses Artikels angeführt sind. Man zweifelt auf diesen Seiten auch daran, daß die Vorlage ihren Zweck erfüllen und das Polentum zurückdrängen wird. Man fürchtet sogar, daß daselbst eine Erregung entstehen werde, indem man sich der unerwarteten Wirkung des Sozialistengesetzes erinnert. Auch in der konserwativen Presse erheben sich allgemach Bedenken, selbst in der „Kreuzzeitung“. Die Hände reiben sich natürlich die „Bodenreformer“, die bis jetzt freilich noch eine nur theoretisierende Partei sind, aber alles Heil von einer Enteignung des ganzen Großgrundbesitzes und der Urbarmachung aller Wälder von seiten des Staates, zum Zwecke der Schaffung eines größeren Bauernstandes, erwarten.

## Die Vorgänge in Marokko.

An der algerisch marokkanischen Grenze sind nunmehr schwere Kämpfe entbrannt. Die Franzosen hatten sich gut vorgefunden, Verstärkungen herangeholt und waren somit, zumal sie durch ihre Artillerie überlegen sind, in der Lage, den Ankuren der Marokkaner zurückweisen zu können. In Lalla Marnia waren Donnerstagabend und Freitagvormittag Verstärkungen eingetroffen, bestehend aus Scharfschützen, Spahis, Juaven und Artillerie. Die Truppen setzten sich bei Sidi bu Denan konzentrieren. In Remours ist jetzt Verhütung eingetreten.

Vom Freitag und Sonnabend liegen noch folgende Depeschen vor: Lalla Marnia, 29. Nov. Heute früh drangen die Marokkaner in großer Menge gegen Port-Say vor. Geschütze, die auf den Höhenzügen aufgestellt waren, richteten ihre Feuer auf die Angreifer, welche über den Ris zurückgingen und ihre früheren Stellungen wieder einnahmen. — Lalla Marnia, 30. Nov. Der Angriff der Marokkaner scheiterte vollständig. Sie zogen sich unter Mitnahme ihrer Toten zurück. Nur ein Toter und mehrere Verwundete blieben auf dem Schlachtfelde liegen. Auf französischer Seite sind keine Verluste zu verzeichnen. — Lalla Marnia, 29. Nov. Marokkanische Banden, die den Stämmen der Wad Mansur und

Gommas angehören, haben bei Abscheru am Rißflusse die algerische Grenze überschritten und Plünderungen begangen.

Ministerpräsident Clemenceau, der Minister des Äußern Bichon und Kriegsminister Picquart hatten am Freitag vormittag eine Besprechung über die Vorgänge an der algerisch marokkanischen Grenze. Picquart teilte mit, daß er vormittags an den Kommandeur des 19. Armeekorps telegraphiert habe, er überlasse ihm die volle Freiheit, ohne daß er aber die notwendig werdenden Truppenbewegungen nach Paris zu berichten brauche, und daß er bestimmt habe, daß in Oran wieder eine starke Besatzung werde, die geeignet sei, allen Eventualitäten zu begegnen. Die Maßregel wurde von Clemenceau und Bichon gebilligt.

Der französische Senat verhandelte am Freitag über die Ergänzungskredite. In Erwiderung auf eine Anfrage erklärte Kriegsminister Picquart, daß die nicht im Etat vorgesehenen Ausgaben für die Unterhaltung der Landtruppen in Marokko bis zum 10. Oktober für Casablanca 1.411.813 Francs und für Udscha 516.460 Francs betragen. Sie werden bis Ende des Jahres den Betrag von ungefähr 3 Millionen erreichen, wozu noch 3 Millionen für Materialausgaben kommen. Die Ergänzungskredite wurden bewilligt.

## Politische Uebersicht.

**Oesterreich-Ungarn.** Der Besuch, den der neue deutsche Volschafter in Wien, Herr v. Tschirschky, am Freitag dem österreichischen Minister des Auswärtigen, Baron Aehrenthal, abstattete, galt zwar der Erörterung des marokkanischen Reformproblems. In Folge der Unterredung nahm aber der deutsche Vertreter Veranlassung, auch die Art und Weise, wie die preussische Außenpolitik im österreichischen Abgeordnetenhaus kritisiert worden ist, zur Sprache zu bringen. Baron Aehrenthal stellte eine Erklärung des Ministerpräsidenten Freiherrn v. Hof für die Montag- oder Dienstagtagung des Parlamentes in Aussicht. — Der Präsident des österreichischen Abgeordnetenhauses, Weiskirchner, gab in einer Unterredung mit dem Obmann des deutschen nationalen Verbandes, Dr. Ehart, seinem lebhaften Ersäunen darüber Ausdruck, daß seine Antwort auf die Anfrage des Abgeordneten Glembinski vielfach eine ganz unrichtige Auffassung gefunden habe. Seine Äußerungen seien weder gegen das Deutsche Reich noch gegen das Bündnis mit diesem gerichtet gewesen. Die christlichsozialen Partei lege vielmehr gerade auf das Bündnis allergrößten Wert, da sie in ihm die wichtigste Friedensbürgschaft erblicke. Ebenso wenig sei aus seinen Äußerungen eine Tendenz gegen das Deutschum in Oesterreich herauszulesen. Er habe lediglich ausgesprochen wollen, daß die berührte Angelegenheit, bei der ja unter Umständen auch Interessen von österreichischen Staatsbürgern in Frage kommen könnten, im österreichischen Abgeordnetenhaus einzig und allein im Wege einer Interpellation an den Ministerpräsidenten zur Sprache gebracht werden kann. — Der Ausgleichsausschuss des österreichischen Abgeordnetenhauses hat am Freitag seine Arbeiten beendet. Das gesamte Ausgleichsoperat ist unverändert angenommen worden.

**Italien.** Die italienische Deputiertenkammer verhandelte am Freitag über die Vorlage betreffend den Heredesesag. Bissolati (Sozialist) beantragte Aufschub der ganzen Vorlage, da er die Veränderungen beim Heredesesag mit einer Verstärkung der Dienstreize auf zwei Jahre verbunden wissen will. Dagegen wünschte die Regierung die Frage über die Dauer der Dienstreize aufzugeben, bis der Bericht der mit Erhebungen über die Verwaltung der Armee beauftragten Kommission vorliegt. Da die Einschätzung von Befreiungen vom aktiven Dienst eine dringende Lebensfrage für die Armees sei, um diese auf dem notwendigen Effektiv-

